Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 77

Bezugspreis: Mit Post- und Botenlohn monatlich Mk. 5.-, vierteljährlich Mk. 22.50 vorher. Durch die Post bezogen vierteljährlich portofrei. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, bends von 7 Uhr an Redaktion 5009 und 5010 — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 16. Februar

Anzeigenpreis: Die agesp. 36 mm breite mm-Grundzeile 2½ Pf. agesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 M. Näheres nach Tarif. Ersatzmarken für Nachlaß.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

In Sklavenketten!

Ententekritik am deutschen Budget

Im Beschluß des Berichts der alliierten Sachverständigen der Brüsseler Konferenz, der der „Europe Nouvelle" im Wortlaut vorliegt, wird das deutsche Budget scharf kritisiert. Diese Kritik bereitet ohne Zweifel auf die Forderungen vor, die an Deutschland in London für die Handhabung seiner Finanzen gestellt werden sollen. Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen schließen mit einem Defizit von 33 Milliarden. Der Bericht lehnt eine Deckung dieses Defizits durch eine Anleihe ab, hält aber eine weitgehende Herabsetzung der Ausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen für notwendig.

Was die Ausgaben angeht, so wird versucht, zu beweisen, daß die Posten für die Unterhaltungskosten der Operationsarmee und die Durchführung des Friedensvertrages im allgemeinen zu hoch angesetzt seien. Weiter sagt der Bericht: „Ueberhaupt scheinen viele Zahlen in den ordentlichen Ausgaben von einer Regierung und von einem Parlament, die beide im gleichen Maße der Welt den bedenklichen und schwierigen Charakter der deutschen Finanzen vor Augen führen wollen (!), festgelegt zu sein." Der Bericht beruft sich dann auf eine entsprechende Bemerkung des deutschen Finanzministers vom 27. Oktober (?).

Die bisherige Erhöhung der Eisenbahntarife stehe nicht im Verhältnis zur Entwertung der Mark. Die Zuschüsse zum Handelsschiffsbau müßten gestrichen werden, die Lebensmittelzuschüsse würden überflüssig, sobald die deutsche Handelsbilanz wieder im Gleichgewicht sei. Deutschland müsse möglichst bald wieder zur Freiheit des Lebensmittelhandels zurückkehren. Die Furcht vor politischen Unruhen rechtfertigen nicht diese Ausgaben. Dann folgen die bereits bekannten Mitteilungen über Herabsetzung der Durchführungskosten des Friedensvertrages.

Zur Vermehrung der Einnahmen des Reiches wird gesagt, daß die Einkommensteuer höchstwahrscheinlich mehr als die im Budget von 1920 angesetzten 840 Milliarden Mark tragen werde. Es wird ausdrücklich zugegeben, daß, was die direkten Steuern angehe, die Höchstgrenze erreicht sei, und daß man sogar daran denken müsse, im Interesse der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands gewisse, Handel und Industrie schwer treffenden Steuern herabzusetzen. Die Umsatzsteuer könne aber noch verschärft werden. Hierauf folgen Vergleiche zwischen den indirekten Steuern in den alliierten Ländern und denen in Deutschland. Was die Kohle angehe, so sei der Preis auf dem deutschen Markt ungefähr 200 Mark, in Frankreich ungefähr 50 Goldmark oder 900 Papiermark. Ein zehnprozentiger Zuschlag zu der bestehenden zwanzigprozentigen Kohlensteuer würde zwei bis drei Milliarden Mark für die Reichskasse ergeben. Ebenso müßten die Zollsätze erhöht werden, nicht nur aus fiskalischen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen; denn die geringen Zollsätze (nach dem Bericht 250 Millionen Goldmark im Jahre 1920 gegen 700 Millionen Mark vor dem Kriege) verschafften dem deutschen Export sehr erhebliche Vorteile, die vielfach zu wirklichem Dumping führen. Eine kräftige Erhöhung der Zollsätze sei das beste Mittel gegen Zollkriege.

Es folgen die allgemeinen Schlüsse, die aus dem Vorstehenden gezogen werden. Danach ist in sehr naher Zeit eine Balanzierung des deutschen Budgets unter Voraussetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erwarten. Die außerordentlichen Ausgaben, Unterstützungen usw. müßten verschwinden, und zwar so schnell, als es in Rücksicht auf mögliche soziale Unruhen möglich sei. Alle Ausgaben, die durch die Vertragsdurchführung erwüchsen, müßten möglichst heruntergestrichen werden, soweit sie die Wiedergutmachung nicht zu ihrem Recht kommen ließen, und zwar nicht nur seitens der deutschen Regierung, sondern auch seitens der Alliierten. Die Kosten der Wiedergutmachung müßten durch neue Einnahmequellen des Reiches, besonders indirekten Steuern, gedeckt werden. Der Bericht ist der Ansicht, daß in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum das Reich imstande sein werde, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen, ohne dauernde Vermehrung seines Notenumlaufes. Man dürfe niemals den wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland in den letzten Monaten genommen habe, vergessen. Die alliierten Regierungen seien bereit, jede ernstliche Bemühung des Deutschen Reiches zur Ordnung seiner Finanzen zu unterstützen, um auf diesem Wege zu vermeiden, die Rechte ausüben zu müssen, die ihnen auf Grund des § 12, Annex 2, Teil 8 des Friedensvertrages zustünden: nämlich alle Einnahmequellen Deutschlands, den Anleihedienst mit eingeschlossen, zur Wiedergutmachung nötigenfalls heranzuziehen.

*

Der Londoner Korrespondent des „Temps" teilt mit, daß der Vorschlag des deutschen Reichsfinanzministers Dr. Wirth, Deutschland solle einen Teil der Entschädigungssumme durch Arbeit in den zerstörten Gebieten abtragen, in London interessant gefunden werde. Es frage sich nur, welche Aufnahme dieser Vorschlag in Frankreich und Belgien finden werde. Die liberale und die radikale englische Presse sucht weiterhin nachzuweisen, daß die deutsche Entschädigungszahlung, in welcher Gestalt sie auch erfolgen möge, die Alliierten ruinieren müsse. Gegen solche Anschauungen wendet sich „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges, und sagt, wenn solche Argumente wahr wären, so könnte niemals ein Land von einem anderen bezahlt werden. Uebrigens könne man sich eine Vorstellung von den deutschen Gegenvorschlägen machen, sobald man wisse, daß diese von einem Komitee von Großindustriellen ausgearbeitet worden seien, an dessen Spitze (?!) Hugo Stinnes stehe.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

w. Berlin, 15. Februar.

Heute morgen trat unter Vorsitz des Staatssekretärs Stieler der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife sein Gutachten abzugeben. In seiner Eröffnungsrede machte der Staatssekretär Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung des Personentarifs. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach bei der Neuordnung der Gütertarife ab 1. Dezember 1920 eine organische Neuordnung der Personentarife durch.

Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitssätzen aufbauen, die betragen werden: für die 4. Klasse 18, für die 3. Klasse 19,5, für die 2. Klasse 32,5 und für die 1. Klasse 58,5 Pf. je Kilometer.

Gegenüber den Friedenspreisen bedeuten diese Sätze eine Erhöhung von 550 v. H. für die 4. und 3. Klasse, von 622 v. H. für die 2. und 735 v. H. für die 1. Klasse.

Demnach würde z. B. eine Reise von Berlin nach Hamburg künftig kosten: 88 M (statt bisher 26,40 M.) in der vierten, 57 M. (42,40 M.) in der dritten, 95 M. (70 M.) in der zweiten und 170 M. (156,60 M.) in der ersten Klasse.

Für die Strecke Berlin—Frankfurt a. M. betragen die neuen Fahrpreise: 71 M. (49 M.) in der vierten, 106 M. (78 M.) in der dritten, 176 M. (129,60 M.) in der zweiten und 316 M. (291,60 M.) in der ersten Klasse.

Die Schnellzugszuschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen Dreizonensystems (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8,16 M. und 24 M. in der ersten und zweiten Klasse und auf 4,80 M. und 12 M. in der dritten Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen am 1 Juni 1921 in Kraft treten.

Staatssekretär Stieler führte zur Frage der Erhöhung der Gütertarife folgendes aus: Die Tatsache, daß die Eisenbahnverwaltung mit ihren Preisen noch nicht den stark gestiegenen Selbstkosten gefolgt sei, sei die Hauptursache ihres Finanzelends. Der Defizitwirtschaft müsse angesichts der deutschen Finanzlage ungesäumt ein Ende gemacht werden. Man habe nur die Wahl, die Fehlbeträge durch Steuern aufzubringen oder die Einnahmen den Ausgaben durch Tariferhöhung anzupassen. Die Reichsregierung habe sich für das letztere entschieden und auch der Tarifausschuß des Wirtschaftsbeirates habe sich dafür ausgesprochen. Im Haushaltsentwurf für 1920 sei mit einem Fehlbetrag von 14,4 Milliarden Mark gerechnet, er sei nach dem bisherigen Betriebsergebnis zwar um 489 Millionen verringert, andererseits verursache aber die Anfang Januar beschlossene Erhöhung der Teuerungszulagen einen Aufwand von 1,88 Milliarden, so daß der Gesamtfehlbetrag vermutlich 15,24 Milliarden betragen werde. Im Haushaltsentwurf für 1921 seien vor allem die Ausgaben energisch herabgesetzt worden. Von einem Abbau der Löhne und Gehälter könne nach der Preislage des notwendigen Lebensbedarfes und der Lohnpolitik der Industrien nicht die Rede sein. Alles in allem hoffe die Eisenbahnverwaltung, durch Sparmaßnahmen etwa 5 Milliarden erzielen zu können. Der Haushaltsentwurf für 1921 sieht an Ausgaben 31,18 Milliarden vor, die Einnahmen werden auf 16,8 Milliarden geschätzt. Also auch hier ein Fehlbetrag von rund 14 Milliarden. Die ständige Tarifkommission habe auf Vorschlag der Eisenbahnverwaltung eine nach Tarifklassen abgestufte prozentuale Erhöhung von etwa 75 Prozent empfohlen. Danach würde der Güterverkehr eine Mehreinnahme von 9 Milliarden erwarten lassen.

Für den Ausschuß der Verkehrsinteressenten der ständigen Tarifkommission berichtete Geh. Kommerzienrat Arnhold in seinen Ausführungen über die Arbeiten dieses Ausschusses. Diese haben dazu geführt, eine Tariferhöhung um nur 65 Prozent zu empfehlen. Unter Ablehnung eines Antrages aus der Verwaltung auf Erhöhung aller Tarifklassen um 100 Prozent und der von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Erhöhung um durchschnittlich 75 Prozent wurde mit großer Stimmenmehrheit der Antrag des Ausschusses der Verkehrsinteressenten auf Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 65 Prozent zur Durchführung empfohlen. Die Versammlung hielt die Beschränkung dieser Maßnahme auf zunächst ein Jahr für ratsam, ferner wurden einige Abweichungen von dieser Tarifmaßnahme zugunsten Ostpreußens, sowie der Volksernährungsmittel und der Düngemittel empfohlen.

Preuß, der Preußenfeind

Von Dr. Regenborn,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Die Demokraten fassen jetzt Entschließungen und halten Reden zugunsten der Erhaltung des preußischen Staates. Wie aber steht es mit den Taten der Demokraten? Der Vater der Weimarer Verfassung, der Demokrat Dr. Preuß, schrieb in der Begründung zu dem Verfassungsentwurf folgende Sätze: „Es gibt so wenig eine preußische, wie eine lippische Nation. — Der Fortbestand der preußischen Republik von 40 Millionen Einwohnern innerhalb des Reiches ist eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit. — Preußen war und bleibt ein Notbau, der in jeder Hinsicht unvollkommene deutsche Staat. Preußen hat seinen Beruf erfüllt, ja, daß es die Erfüllung dieses Berufes Jahrzehnte lang überlebt hat, war eine Grundursache der politischen Leiden unserer jüngsten Vergangenheit. — Das Verschwinden der preußischen Vorherrschaft wird die so schwer belastete internationale Stellung Deutschlands in günstiger Weise entlasten. — Nur durch die Auflösung Preußens können sich Mittel- und deutsche Kleinstaaten zu lebensfähigem Gemeinwesen zusammenschließen. — Der Neubau des Reiches muß also bewußt auf den Boden gestellt werden, den Bismarck bei seiner Reichsgründung bewußt nicht betreten hat."

Das sind ungeheuerliche Worte, von denen jedes das Gegenteil der Wahrheit ist. Dr. Preuß und seine Freunde würden nicht vom Einheitsstaate träumen können, hätten niemals an einer Reichsverfassung arbeiten können, ohne die deutsche Arbeit Preußens, ohne die Taten Bismarcks. Aber es gelang Preuß, in die Weimarer Verfassung den Artikel 18 zu bringen, der jedem Landesteil gestattet, sich durch Volksabstimmung vom preußischen Staate zu trennen. Als dann die preußische Verfassung beraten wurde, hatte die Demokratie begriffen, daß sie mit dem frontalen Angriff auf den Bestand des preußischen Staates auf Grund des Artikels 18 vielleicht nicht zum Ziele kommen würde, weil preußischer Geist sich gegen die Aufteilung Preußens auflehnte, und so suchte man nach einem zweiten geeigneten Mittel, über das der Demokrat Dr. Struwe gar zu offenherzig am 26. August im „Berliner Tageblatt" plauderte: Er sagte: „Es ist nicht einzusehen, warum nicht Schlesien und die anderen Provinzen ebenso reichsunmittelbar (d. h. selbständige Staaten) werden könnten, wie Baden, Hessen usw. Aber verschwinden muß das falsche Schlagwort von der Zerschlagung Preußens, preußische Empfindlichkeiten sind zu schonen. Den Weg zur Lösung des Problems weist das Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung." Und Dr. Lauscher vom Zentrum sprach in der Landesversammlung von der preußischen Kulisse, die man allmählich schwächen und dann beiseite schieben müsse. Das heißt mit anderen Worten: Preußen muß aufgelöst werden, aber da nun einmal preußische Empfindlichkeit sich dagegen wehrt, darf man nicht mehr von Auflösung sprechen, sondern muß einen anderen Weg suchen, und dafür erfand man das wohlklingende Schlagwort von der demokratischen Selbstverwaltung. So schufen denn Demokratie, Zentrum und Sozialdemokratie den Artikel 72 der preußischen Verfassung, nach dem den preußischen Provinzen nicht nur Selbstverwaltungsangelegenheiten, sondern auch staatlich Aufgaben übertragen werden können. Damit kann alles gemacht werden. Um preußische Empfindlichkeit zu schonen, bleibt Preußen dem Namen nach erhalten, aber die Staatsaufgaben gehen allmählich auf die Provinzen über, die der Form nach Provinzen bleiben, in der Tat aber selbständig werden. Das ist der Weg der Auflösung Preußens von innen heraus, der Weg, die preußische Kulisse allmählich zu schwächen, und dann beiseite zu schieben.

Werden wir nicht stark genug, diesen Wahnsinn zu verhindern, dann wird Preußen aufgelöst, so oder so. Deutsche Parteien machen sich damit das oberste Kriegsziel unserer Feinde zu eigen, die Preußen vernichten wollen, weil sie in ihm sehr richtig den Kern der deutschen Macht sehen. Dr. Preuß scheute sich ja auch nicht, die Zerschlagung Preußens unter Berufung auf die Internationale zu fordern, genau so wie uns von diesen Herren im Kriege die Nachahmung der westlichen Demokratien empfohlen wurde, als Mittel zur Verständigung mit unseren Feinden. Die Demokratie kann eben nicht umlernen, weil sie undeutsch ist, wie ihr Leibblatt, das „Berliner Tageblatt". Daß es aber der Demokratie auch heute noch ernst ist mit ihren Bestrebungen, zeigt sie dadurch, daß sie den offenbar international gerichteten Dr. Preuß, dessen Lebensziel die Zerschlagung Preußens ist, wieder auf ihre Listen setzt.

Wir aber wollen Preußen erhalten, weil es kein Zufallsgebilde ist, sondern der einzige deutsche Staat, der die deutsche Aufgabe, die Schaffung deutscher Einheit begriffen und erfüllt hat, weil nur in Preußen die einzige große politische Schöpfung des sonst so unpolitischen deutschen Volkes ist und es Wahnsinn wäre, den Staat zu zerschlagen, der in der Stunde äußerster Not anderen Halt gewähren könnte, weil es unverantwortlich wäre, die Kulturentgleisen, die Preußen erfüllt hat, an zwölf einzelstaatliche Kultusminister zu übertragen: weil Preußen ein großes Wirtschaftsgebiet ist, das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102161-15/fragment/page=0001

den Ausgleich in sich selbst findet, während künstlich gezogene Grenzen den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen industriellen und ländlichen Gebieten erschweren würden; weil die Vielheit von Regierungen in zwölf Staaten sinnlos viel Geld kosten würde; weil die Zerschlagung Preußens in zwölf selbständige Länder Engherzigkeit und Partikularismus künstlich züchten, die Entstehung eines deutschen Nationalgefühls also nicht fördern, sondern hemmen würde, weil aber ohne starke einheitliche Staatsgesinnung ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich ist; weil wir uns unsere große preußische Geschichte nicht zerschlagen lassen wollen, das teuerste Vermächtnis unserer Vorfahren. Preußen allein hat die Kleinstaaterei überwunden. Preußen zerschlagen, bedeutet den Rückritt zum Mittelalter. Wir wollen Deutschland erhalten, die deutsche Einheit. Voraussetzung ist die Erhaltung Preußens, nicht als Hort der Revolution, wie der Sozialdemokrat Heilmann sagte, sondern als Herd der Ordnung. Darum haben wir es auch bedauert, daß die Deutsche Volkspartei dem oberschlesischen Autonomiegesetz zugestimmt hat, das zum Signal werden kann für die Auflösung Preußens.

Ohne Preußen kein Deutschland!

Darum, Preußen, heraus zur Preußenwahl!

Der Prozeß gegen die Führer der Roten Armee

b. Kassel, 15. Februar.

In der eigentlichen Verhandlung richtete der Vorsitzende an die Angeklagten die Mahnung, ruhig und unbefangen zu bleiben und sich nicht als „Verbrecher" zu fühlen. Sodann begann die Vernehmung der Angeklagten Klinkhmüller, Harbich und Schröder, die sehr ausführlich die Gründe schilderten, die sie bewogen haben, sich der kommunistischen Partei anzuschließen. Nach ihrer Ansicht ist es nicht möglich, die kommunistischen Ideale ohne Gewalt zu verwirklichen. Die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit sei wohl nicht auslutzig zu erreichen. Darüber seien sich auch die Kommunisten klar. Sie beschränken sich aber auf einen Kampf mit geistigen Waffen, und wenn die Gegenseite dazu Anlaß gebe, weiche sie von diesem Grundsatze ab.

Der Gerichtshof gab schließlich dem Antrag der Verteidigung statt und vertagte die Verhandlung auf Mittwoch früh, um den Verteidigern Gelegenheit zu geben, sich mit dem Material noch vertraut zu machen.

Der Prozeß gegen die Magdeburger Kommunisten

w. Magdeburg, 15. Februar.

Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 30. Mai ist der Prozeß gegen den Kommunistenführer Albert Vater und Genossen wegen der hier und in Stendal aufgedeckten Vorbereitungen für einen neuen Kommunistenputsch dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos 1 übertragen worden. Vater ist vor einigen Tagen in das hiesige Militärgefängnis als Untersuchungsgefangener gebracht worden. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf Bildung bewaffneter Haufen nach § 127 des Strafgesetzbuches und Hochverrat.

Der vierte Cöthener Putschprozeß

(Meldung unseres Sonderberichterstatters.)

R. Dessau, 15. Februar.

Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos 1 Berlin haben sich nochmals fünfundzwanzig Angeklagte wegen ihrer Beteiligung am Köthener Putsch zu verantworten. Als Zeugen werden die bereits verurteilten Putschisten Boas und Pauli erwartet. Geladen sind ferner Schlossermeister Plenz und Wachtmeister Grüneberg. Auf der Anklagebank sitzen M. Albrecht, A. Belger, A. Below, K. Berger, B. Brodowski, Deparade Vater und Sohn, O. Donner, O. Geppert, F. Henkel, P. Hepp, G. Hollnecker, W. Kirstein, A. Lutzak, F. Peters, O. Schierz, W. Voigt, M. Zschimmer, O. Below, F. Berger, Götze, A. Kunze, P. Mosert, M. Töpfer.

Unter den Angeklagten befinden sich eine Anzahl siebzehn- und achtzehnjähriger Burschen. Einer von ihnen ist trotz seiner Jugend bereits fünfmal vorbestraft. Die älteren Beschuldigten sind zumeist Familienväter und Kriegsteilnehmer, fast alle Köthener Arbeiter. Ihre persönliche Beteiligung als Mitläufer geben die meisten zu.

Der Vorsitzende fragte unermüdlich, was sich die Beteiligten im Grunde gedacht haben, zu welchem Zweck sie mitliefen, welche Erwartungen sie hegten. Der Beantwortung dieser Frage weichen alle Angeklagten aus. Geppert sagt, es sei bei den Putschgenossen von der Sprengung des Rathauses und der Eisenbahn gesprochen worden. Er gehörte dem Sprengtrupp zu. Doch sei das Sprengkommando ohne wieder abgenommen worden. Henkel wollte die Versammlung der Putschisten besuchen, um sich zu überzeugen, ob es wirklich gegen Polen und Frankreich ginge. Höllneder weiß von einem Revolutionstribunal zu berichten, das jeden, der sich beim Putsch verging und feige benahm, bestrafen sollte. Rönneck hat Lohnung und Verpflegung versprochen. Keiner konnte die Arbeiter aufklären, was eigentlich los sei. Auf dem Rathause wurden Granaten und Gewehre verteilt. Die Jugendlichen hatten Handgranaten. Kirstein gehörte der K. A. P. D. an. Er hat sich an der Kampforganisation und Bildung einer roten Armee beteiligt. Anhalt sollte hinter Leipzig und Halle nicht zurückstehen. Er hat die bolschewistische Propaganda schon in Stockholm kennen gelernt, wo er als Matrose interniert war. Er gibt eine eingehende Schilderung seiner Beteiligung beim Putsch. Jetzt hält er die Sache für die deutschen Arbeiter verloren. Er nimmt es heute noch Ritter und Boas sehr übel, daß sie die gemeinsame Sache in der Stunde der Aktion verlassen haben.

Die Verhandlung dauert an.

Angriffe gegen Lloyd George

× London, 15. Februar.

„Star" schreibt in einem Leitartikel, die Regierung Lloyd Georges stehe ihrer gefährlichsten Session gegenüber. Ihre Schuldscheine seien alle überfällig, ihre Gläubiger drängten und ihr Kredit falle. Lloyd George sage, Deutschland müsse bezahlen, jedoch nicht in billigen Waren. Man könne nicht mit Folgerichtigkeit erklären daß eine Entschädigung gezahlt werden müsse, daß man sie jedoch ablehnen werde, wenn sie in der Form gezahlt werde, in der sie allein gezahlt werden kann. Sir Robert Horne habe versucht, diese Schwierigkeit dadurch zu umgehen, daß er vorschlug, Deutschland müsse in Rohstoffen bezahlen. Deutschland habe jedoch anerkanntermaßen selbst Mangel an Rohstoffen, daher habe Sir Robert Horne vorgeschlagen, daß Deutschland die Rohstoffe von Neutralen für seine fertigen Waren beziehen solle. Dies entferne jedoch die Schwierigkeiten nur um einen Schritt, denn die Fertigwaren würden von anderen Ländern, denen Deutschland sie verkaufe, nach England kommen. Wenn der 12-prozentige Ausfuhrzoll erhoben werden sollte, so würde den größten Teil davon der Käufer, d. h. England, bezahlen; ob diese Waren direkt aus Deutschland kommen oder durch die Schweiz, Holland oder Skandinavien, England werde den 12-prozentigen Ausfuhrzoll und damit einen Teil der deutschen Entschädigung bezahlen. Um das Maß voll zu machen wolle die Regierung noch einen Gesetzentwurf einbringen, demzufolge deutsche Waren, wenn sie billig sind, vollkommen ausgeschlossen werden sollen.

Bayern und das Reich

(Von unserem Sonderberichterstatter)

w. Berlin, 15. Februar.

Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Antwort der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage beschäftigt. Danach erkennt Bayern an, daß die Verantwortung und Zuständigkeit in dieser Frage beim Reiche liegt und daß es Sache der Reichsregierung ist, nach Maßgabe der Gesetze das Erforderliche zu veranlassen.

Die Umstellung der Getreidewirtschaft

Der Reichswirtschaftsrat wird sich in seiner nächsten Vollversitzung am 23. Februar mit der beabsichtigten Umstellung der Getreidewirtschaftung und dem von dem wirtschaftspolitischen Ausschuß vorbereiteten Gesetzentwurf beschäftigen, der dann dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Der Entwurf sieht die Schaffung einer der Reichsregierung unterstellten Zentralstelle für die Beschaffung von Auslandsgetreide vor, das zur Ergänzung der heimischen Bestände benötigt wird. Von dem geernteten Inlandsgetreide sollen 40 v. H. durch Umlage sichergestellt und der staatlichen Bewirtschaftung zugeführt werden. In diesen 40 v. H. gehen jedoch das Produkt und Saatgetreide ab. 60 v. H. der Körnerernte sollen dagegen dem freien Handel zugeführt werden.

Infolgedessen würde sich auch eine Abänderung der Brotverteilung ergeben. Zunächst soll an der Brotration von 1900 Gramm festgehalten werden. Darüber hinaus aber soll Brot, das aus dem im freien Handel befindlichen Inlandsgetreide hergestellt ist, ohne Marken verkauft werden dürfen. Ob der freihändige Brotverkauf zunächst größeren Umfang annehmen kann, würde davon abhängen, ob nach der Reform zur Sicherstellung der Rationen selbst einen erheblichen Teil der Inlandernte erwerben wird. Nach dem Entwurf würde auch der Brotpreis für rationierte Ware nicht erhöht werden, während nach den aufgestellten Berechnungen das Brot im freien Verkauf sich auf etwa 6 Mark stellen würde. Man rechnet damit, daß die Freigabe eines größeren Teiles des Inlandgetreides sehr erhebliche Mengen der jetzt zurückgehaltenen Ernte auf den Markt bringen wird und daß infolgedessen die Regierung in der Lage wäre, die Ankäufe des noch immer recht teuren Auslandsweizens einzuschränken. Selbst wenn die Preise für Brotgetreide entsprechend den Anträgen der Landwirte erhöht werden, würde das deutsche Getreide noch immer um 50 v. H. billiger sein als etwa amerikanische Ware.

Der Gesetzentwurf, an dem auch Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie mitgearbeitet haben, hat im großen und ganzen die Billigung der Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat gefunden, nur ist man seitens der Gewerkschaftsführer bestrebt, eine Heraufsetzung des Brotpreises nach Möglichkeit zu vermeiden.

Außer mit diesem Entwurf wird sich der Reichstag noch mit einigen anderen Vorschlägen über die Umgestaltung der Getreide- und Brotwirtschaftung zu befassen haben, die sämtlich im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf ihre Durchführbarkeit geprüft worden sind. Man rechnet damit, daß der Reichstag in den beiden nächsten Monaten sich mit der teilwe sen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide- und Landwirtschaft beschäftigen und seine endgültigen Beschlüsse fassen wird.

Immer der gleiche Schwindel!!

Veranstalten da die elterndeirate Groß-Berlins nach der „Freiheit", Sonnabendausgabe vom 12. Februar 1921, eine „Protestreaktion gegen die „Schulreaktion" an deren Schluß mit dem üblichen Phrasenschmalz eine Resolution angenommen wird, in der sich auch der in allen diesen geistlosen Resolutionen heimische Satz findet: „Ob jemand Christ, Jude, Dissident ist" .. Warum sagt man da nicht gleich: ob Jude, Neger, Hottentott!! — Aber immer der gleiche Schwindel, immer der alte Versuch, die Judenfrage auf das religiöse Gebiet hinüberzuspielen, wo sie doch eine Rassenfrage ist. Das ist die Frage, um die alles geht, wollen wir als ein 60 Millionenvolk länger mitansehen wie uns eine rassefremde Minderheit knechtet und ausbeutet. Nun, ich meine, jeder, dem der jüdische Internationalismus noch nicht ganz den Kopf verdreht hat, muß es jetzt einsehen wohin uns die zwei Jahre glorreicher Judenwirtschaft gebracht haben. Soll's wieder besser werden, sollen wieder deutsche Männer das deutsche Volk aufwärts führen, dann wähle am 20. Februar:

Deutschnational. L. M.

Hindenburg Ehrenvorsitzender des Deutschen Ostmarkenvereins. Der Generalfeldmarschall Hindenburg hat das Protektorat über den Deutschen Ostmarkenverein übernommen. Auch die anderen großen Heerführer gehören dem Verein an und stehen zum Teil an leitender Stelle. So ist Generalfeldmarschall von Mackensen Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Pommern des Vereins, General der Infanterie Ludendorff seit längerem Mitglied seines Hauptvorstandes. Die große Bedeutung, die die Aufgaben des Ostmarkenvereins für die Zukunft unseres Volkes haben, werden in weiteren Kreisen mehr und mehr anerkannt und haben ihm eine große Zahl neuer Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung zugeführt. Das Interesse für den geraubten Osten und das Schicksal unserer Volksgenossen ist besonders auch in den Kreisen des Bürgertums gewachsen, aber auch der deutsche Arbeiter fängt an, für die Bedeutung der Ostfragen Verständnis und Interesse zu zeigen.

Der Prozeß Hiller vertagt. Der Prozeß gegen den Oberleutnant der Reserve Hans Hiller vor dem Schwurgericht zu Berlin wurde am Dienstag auf unbestimmte Zeit vertagt, weil der als Sachverständige geladene Kreisarzt Dr. Nowak aus Kottbus nicht erschienen war. Das Gericht hielt seine persönliche Vernehmung für unbedingt erforderlich zur Aufklärung darüber, ob der Tod des Helmbacke die Folge der Behandlung durch den Angeklagten sei. Dr. Nowak war im März 1919 Bataillonsarzt des 3. Bataillons der Gardefüsiliere und hat die Sektion der Leiche des Helmbacke vorgenommen.

Falschmünzer. Nachdem die Reichsbank-Falschgeldstelle seit über einem Jahre nahezu 200 Personen hat festnehmen lassen, die falsche Fünfzigmarkscheine in Verkehr gebracht haben, ist es jetzt gelungen, in dem geständigen Steindruckereibesitzer Fuchs-Berlin den Hauptherstellter der falschen braunen Fünfzigmarkhilfskassenscheine vom 20. November 1918 der braunen Darlehnskassenscheine vom 20. Dezember 1918 und von grünen Fünfzigmarknoten vom 24. Juni 1919 zu verhaften. Außer Fuchs sind noch 14 Personen als Mitherstellter eingeliefert worden.

Viehschiebungen. Vom Landespolizeiamt Breslau sind umfangreiche Viehschiebungen, deren Wert in die Millionen geht, aufgedeckt worden. An den Schiebungen sind die Viehgroßhändler-Firmen Fleischermeister in Breslau, Klermann-Breslau, Knoblauch-Liegnitz und Stein-Emden beteiligt. Durch Revisionen von Angestellten der Breslauer Provinzialfleischstelle erhielten die Viehfirmen auf telephonischen Anruf binnen 24 Stunden Ausfuhrbewilligungen für jede beliebige Menge Vieh nach allen Orten. Es konnten bisher hunderte solcher Fälle nachgewiesen werden; auch schwere Urkundenfälschungen sind begangen worden.

Der Reichswart. Parteilose Wochenschrift von Graf Ernst zu Reventlow. Aus dem Inhalt von Nr. 7: Eine neue Gefahr aus London, der künftige Völkerbund, die elfte „Friedenskonferenz", Wilson—Sisson, die Psychologie des Arbeiters, der „Freimaurerbund zur aufgehenden Sonne" usw.

Die Erbin von Lohberg

(3) Roman von E. G. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

„Lieber Gott, wenn dem so wäre —!" murmelte Oakburn unwillkürlich hingerissen von dieser mit großer Bestimmtheit dargelegten Ansicht.

„Nun, ich habe mir von der Sache eben nur ein Bild gemacht," meinte Windmüller. Das bringt mein Beruf so mit sich. Das Bild braucht natürlich nicht zu stimmen, da mir die handelnden Personen ganz fremd sind. Hätten Sie Ihrem Vetter ein derartiges Verbrechen unter Anrechnung einer so stark in ihm erwachten Leidenschaft zugetraut?"

„Nie!" erwiderte Oakburn ohne Besinnen. „Edward war der gutmütigste Mensch von der Welt, kein starker Charakter, leicht lenkbar allerdings, aber von einer Anständigkeit der Gesinnung, die ihn nie verließ, besonders wenn es galt, ein Unrecht einzugestehen und unerschrocken „peccavi" zu sagen. Wir sind in unseren Kinder- und Jünnmelsjahren viel zusammen gewesen, und da hat er in seiner Gutmütigkeit, die man ruhig Großmut nennen darf, manchen dummen Streich auf sich genommen, den ich ausgefressen hatte, den ich auch dankbar auf ihm sitzen ließ, was ich heute reuig eingestehe."

„Nun ja — diese großmütige Veranlagung würde psychologisch auch die allein auf sich genommene Schuld in diesem Falle erklären, namentlich, wenn noch dazu käme, daß er in bezug auf die eheliche Treue vielleicht kein ganz reines Gewissen hatte," sagte Windmüller. „Immerhin ist zwischen einem Knabenstreich und einem Mord doch noch ein großer Unterschied. Nun, vielleicht kommt doch noch einmal Licht in dieses dunkle Rätsel, ein Licht, das der Welt und Ihnen zeigt, daß das Andenken Ihres Vetters einer milderen Beurteilung würdig ist. Ist die Pflegerin übrigens mit ihrem ganzen Gepäck entflohen? Sie muß doch für ihren vorausichtlichen langen Aufenthalt in Oakburn-Castle mehr wie eine Zahnbürste mitgebracht haben. Und dann, wo ist das Fläschchen mit der vergifteten Medizin geblieben?"

„Das letztere konnte nirgends aufgefunden werden. Schwester Ellinor hatte natürlich einen Koffer mit ihren Effekten mit, den sie, wenn ich nicht irre, zurückgelassen hat. Wenn sie also die Kassette, von der ich Ihnen gestern erzählte, daß mein Vetter sie ihr geschenkt haben will, nicht schon vorher fortgeschafft hat, so muß sie dieselbe bei ihrer Flucht mitgenommen haben, und in der Tat fand sich auch ein Zeuge in Gestalt eines Bahnvorstandes einer von Oakburn ziemlich entfernten Bahnstation, der aussagte, daß eine tiefverschleierte Frau, die zwar nicht die Haube, wohl aber den langen, schwarzen Radmantel der Pflegerinnen trug, mit einem anscheinend schweren, in ein Tuch geknüpften Bündel gegen Morgen augenscheinlich sehr ermüdet zu Fuß auf der Station angekommen sei und ein Billett zum Personenzuge nach London gelöst habe. Das war die einzige und letzte Spur von ihr, wenn's überhaupt eine war. In dem Bündel wird dann wohl die Kassette gewesen sein, die, von Ebenholz und Elfenbein gefertigt, natürlich ein beträchtliches Gewicht hatte und auf dem weiten Wege vom Schloß bis zu jener Station nicht leicht zu schleppen gewesen sein mag, um so mehr, als Schwester Ellinor keine sehr robuste Person, sondern eher zart gewesen sein soll. Und nun, Herr Doktor, lassen wir die fatale Geschichte ruhen und reden wir von etwas anderem. Gewiß, ich habe davon angefangen, weil mir seit gestern dieses traurige Familienkapitel nicht mehr aus dem Sinn gegangen ist. Auch Ihr Vorschlag, die Wahrheit jetzt noch ans Licht zu bringen, hat mich offen gesagt, verfolgt. Aber in die Furcht, die Wahrheit könnte nur bestätigen, was wir schon wissen, und vielleicht noch mehr und Schlimmeres dazu bringen, kann ich mich doch nicht entschließen. Sie zu bitten, die angeführten Spuren noch einmal zu suchen und zusammenzuknüpfen."

Windmüller nickte verständnisvoll.

„Ich begreife und ehre das," sagte er mild. „Manchmal bedient sich die Kraft, die wir in Ermangelung eines besseren und richtigeren Wortes „Zufall" nennen, ganz wunderbarer Wege, uns einem Ziel zuzuführen, das wir nicht gleich zu erkennen vermögen. „Die Sonne bringt es an den Tag." Wer weiß, vielleicht habe ich schon durch einen solchen Zufall ein Stück des Ariadnefadens in der Hand, welcher durch ein noch unentwirrbar scheinendes Labyrinth nach — Oakburn-Castle leitet."

„Was wollen Sie damit sagen,"

„Daß ich nicht umsonst, nicht aus eitler Neugier gefragt habe, nicht nur aus allgemeinem Berufsinteresse und rein menschlicher Teilnahme an dem Schicksal Ihrer Verwandten, zu dessen Mitteilung Sie, wie mir scheinen will, ein Instinkt veranlaßt hat. Ich will und darf Ihnen zur Stunde ganz im Vertrauen und unter uns nicht mehr sagen, als daß ich von einer Ihnen unbekannten Person in Deutschland den Auftrag erhalten habe, über eine gewisse Ellinor Ashfield, ihre Herkunft, ihr Vorleben und ihren Leumund Erkundigungen einzuziehen. Ob diese Ellinor Ashfield dieselbe ist, welche in der Tragödie Ihrer Familie eine so große Rolle gespielt hat, weiß ich heute noch nicht, und sehr wahrscheinlich auch noch nicht die Möglichkeit einer Zusammenschmelzung der beiden Namensschwestern zu einer Person; aber auf die Spur Ihrer Schwester Ellinor bin ich dadurch schon ganz bestimmt gekommen. Ich kann Ihnen heute noch nicht sagen, welcher Art diese Spur ist; Sie kennen mich ja bei meiner Arbeit und wissen, daß ich grundsätzlich nicht mehr sage, als ich für richtig halte. Wenn ich Ihnen heute schon soviel verrate, so geschieht es nur darum, um Sie darauf vorzubereiten, daß ich Ihnen eines schönen Tages Ihre verschwundenen Erbstücke zurückgeben werde."

„Gewiß, ich spreche im vollsten Ernst. Ich kenne Sie als einen zurückhaltenden Menschen, der über sich selbst und seine Angelegenheiten das Heft nicht auf der Zunge trägt. Darum nenne ich es Instinkt, der Sie heute und gestern veranlaßte, die Tragödie von Oakburn-Castle haarklein vor mir zu erörtern. Sie hätten einfach darüber hinweggehen können, die Mitteilung, daß Sie Ihren Vetter beerbt, hätte vollauf genügt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102161-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 16. Februar.

Nachlese zu Hänischs Besuch

Wir wollen uns nicht mit Meinungsäußerungen aufhalten und nicht lange fragen, warum ein Ministerbesuch heutzutage die Bereitstellung von drei Kraftwagen erfordert, und wie ferner die Reisekosten des Ministers von den Wahlunkosten des sozialdemokratischen Agitators getrennt werden. Denn an derjenigen — sagen wir milde — Menschlichkeiten, die von der Sparsamkeit des „Volksfreundes", aber sehr einsach auszurechnen alten Systems auffällig abstechen, muß man sich nachgerade gewöhnen.

Unwürdig war das Auftreten des Ministers in der Aula der Univ.-stät. Weil er merkt, wie erfolglos seine Bemühungen sind, die Jugend gesinnungsmäßig und gläubig, erniedrigt er sich zu einer Farce, indem er das nationaler Mittelsänger die heißten nationalen Töne flötet, die ihm, dem Vertreter der Internationale, doch sein Mensch glaubt. Der Ton war falsch, gezäuselt und stand im schrillsten Mißklang zu der Absicht, die der Akademiker merkte, und die sich stark verstimmte.

Unwürdig war das Auftreten des Ministers vor seinen Parteigenossen; unwürdig die parteiische, weil parteilich herbeigeführte vorzeitige Sperrung des Saales in der „Saalschloßbrauerei"; unwürdig, aber wohlverdient der anscheinend von Kommunistischer Seite kommende Zuruf: „Helft doch dem dicken Schwein raus". Eine kleine Stufenleiter hätte genügt, um dem feisten Bourgeois das Podium zu helfen; sowas macht man anders; auch darin war das alte System dem neuen überlegen. — Wie wir hören, soll Konrad Haenisch selbst gelacht haben, er wäre auch nie von seinen Parteigenossen so schlecht behandelt worden wie in Halle. — Zurufe wie Roske-Zwilling und Bluthund wirken sogar auf Minister dieses Schlages unerfreulich.

Auch die Besichtigung der Schulen ergab manches, was nicht für den Minister spricht. An junge Mädchen richte man keine Fragen, die einer bedeutend jüngeren Bildungsstufe entsprechen, und von Kindern, deren Unterricht besondere Schwierigkeiten verursacht, gebrauche man besser keine Redensarten, die bei den einsichtigeren argen Mißbehagen erwecken müssen. Dergleichen ist nicht Schuld der fehlenden Kinderstube, sondern zeigt einen bedauerlichen Mangel an Herzensstaat, der in allen Sünden zu Hause ist, an einem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung aber besonders herbe vermißt wird.

Unwürdig war endlich das Auftreten des Ministers in der Aula des Reformrealgymnasiums. Unter einer gewissen, jedem bedenklichen Heiterkeit wurde er von der Lehrerversammlung veranlaßt, statt vom Platze zu sprechen, das Katheder zu erklimmen. Dies gelang, im Gegensatz zur „Saalschloßbrauerei" im Vorabend, gut. Wahrenddem drängte sich die Menge an den Türen. Laute Witze fielen. Einem Hörer, der bagierig wenigstens den Kopf des Ministers zu sehen verlangte, sagten andere Zuhörer, Köpfe wären schon da, aber kein — Kopf. Unterdessen hatte „die" Rede des Ministers, die man in der „Deutschen Lehrerzeitung" viel bequemer lesen konnte, dann sie ist schon in Königsberg und Elberfeld-Barmen und in anderen Städten während der Agitationsreisen auf Staatskosten gehalten worden. Sie enthielt dieselbe unwürdige Hetze gegen die Mittelschule, in der sich auch der Minister gegen den inneren Frieden, Sperrung, in Bielefeld gefallen hat. Sie enthielt ferner das unwürdige Heischen nach Dank für alle die Mädchen, die Konrad Haenisch uns gebracht hat. Der Dank für Elternbeiräte und sonstige Nebensachen blieb aber aus. Das Anschneiden der unbefriedigenden Lösung der Besoldungsfrage gab erwünschten Anlaß für den Minister, auf seine Ministergenossen wiederum die Schuld abzuwälzen. —

Auch die Aussprache war, von Ausnahmen abgesehen, nicht würdig. In völliger Unkenntnis über die Sachlage prahlte Graurel-Berlin. Als der Lehrer Genosse Görsch seine Bedenklichkeiten darüber aussprach, daß jetzt die Politik aus der Schule verbannt sei, wurde dieser sonderbare Schwärmer sonderbar angeplatzt.

Durchaus würdig im Gegensatz zum Auftreten des Ministers war die Anfrage einer Kandidatin des höheren Lehramts gehalten, die zu wissen begehrte, was nun bei der Aufrichtigkeit und Sperrung ihres Berufes aus ihren männlichen und weiblichen Kollegen werden würde. Auf diese sehr bedeutsame Frage blieb indessen der Minister die Antwort de facto schuldig. — —

Alles Eigenlob, auch der allzu begeblich gezeigte Wunsch, als sozialdemokratischer Humboldt der Nachwelt überliefert, vor allem als Bebelsen gepriesen zu werden, alle Speichelleckerei und sogar der pseudo-nationale Kotau vor der Studentenschaft, das so schreiend über die Grenze, wo Würde aufhört und Würdelosigkeit anfängt, das alles hat nichts genutzt, und gewissermaßen sprüchwörtlich für Haenisch nur der von ihm selbst ausgesprochene Zweifel, ob er den 20. Februar als Minister lange überleben wird!

Hoffen wir das Beste, lieber Leser!

— **Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle** teilt mit, daß er ärztliche Sprechstunde für den Mittelstand eingerichtet hat. Anmeldung in der Sprechstunde der Schwestern, täglich von 3—4 Uhr (Salzgrafenstraße 1). Der Verein hofft, daß diese Einrichtung recht reichlich benutzt wird, da die Mittelstandsangehörigen kommt ebenso wie für die ärmeren Pflegtinge der Fürsorgestelle in Frage: ärztliche Untersuchung und Beratung (nicht Behandlung), Beihilfen zur Durchführung von Heilanstaltskuren, für Erwachsene und Kinder, ferner Beihilfen bei Erkrankungen an Tuberkulose, Wohnungsbeihilfe durch die Schwestern. Nach Möglichkeit ist eine Mitwirkung durch den Hausarzt mitzuübringen. Als Mittelstandsangehörige im diesem Sinne werden alle Familien betrachtet, deren Einzelner Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zahlen oder solche, die diesen gleich zu achten sind.

— **Sächsisch-Thüringischer Verein für Erdkunde.** Der Vorsitzende über Meereskunde von Professor Dr. Schlüter wurde am Montag abend durch einen Vortrag über die Entwicklung der Seeschiffahrt" fortgeführt. Als Urformen des Schiffes gelten der Einbaum und das Rippenboot das mit Rinde und Fellen bekleidet ist. Der Antrieb des Schiffes erfolgte ursprünglich durch das Ruder, eine spätere Fortbewegungsart ist das Segel. Die Seeschiffahrt hat sich nur selten im Anschluß an die Flußschiffahrt entwickelt, sondern da, wo eine reiche Lebensgestaltung sie förderte. In vier Gebieten ist sie besonders hervorgeblüht. In dem malaio-polynesischen Kreis hat sich aus dem Einbaum das Segelboot mit Auslegerausleiter entwickelt wegen der Geschwindigkeit unseren älteren Seeschiffen gleichkommend. Die Polynesier haben sich durch ihre Schiffahrt von Madagaskar aus zur Osterinsel, also über den ganzen Großen und Indischen Ozean verbreitet. Ihr Südostasien ist der Einbaum durch das Segelboot verdrängt worden. Auch im Mittelmeergebiet ist das Schiffsbau urtümlich und schon um 2500 v. Chr. hier bezeugt. Die Phönizier folgen die Griechen und Römer, welche nicht Küstenschiffahrt trieben, sondern sich, dank der Entwicklung des Ruderwerkes, auf das hohe Meer wagen konnten. Die englischen Binnenfahrer nach England deuten auf Beziehungen von den mittelmeerischen und nordeuropäischen Schiffahrten. Die Normannen haben nicht nur alle europäischen Küsten geraubt, sondern sind auch bis nach Amerika und Grönland gelangt. Die werden im Mittelalter durch die Hanse abgelöst, die bis zum Ende von Bremen Beherrschungen unterschied. Die Entwicklung der Seeschiffahrt ist ein Bestreben einen Weg nach Indien zu finden, da der bisherige durch das Rote Meer durch die Türken gesperrt war, hat das Zeitalter der Entdeckungen eingeleitet. Das Ziel Indien suchte Vasco da Gama durch Umsegelung Südafrikas, Columbus durch die Fahrt nach Westen, Cabot durch die nördliche Magellan durch die südliche Umsegelung Amerikas zu erreichen. Vor dem Weltkriege waren besonders die Reisefahrten nach Indien, die Saaz erfuhren nach dem westlichen Südamerika und die Australienfahrten von Bedeutung. Die Wege dieser Segelrinnen sind nicht die gerade Linie, sondern suchen die vorherrschenden Winde und Meeresströmungen entweder zu benutzen oder zu vermeiden. F.

Familien-Nachrichten.

Geburt: Curt Becker (Sohn).

Vermählungen: Fritz Göbel mit Martha Voigt. — Paul Rost mit Margarete Böhm. — Eduard Heimann mit Thekla Meyerstein.

Todesfälle: Am 14. Februar Kunstglaser Albert Rühle im 19. Lebensjahr. — Am 14. Februar Marie Jahr geb. Lauerock im 60. Lebensjahr. — Am 13. Februar Charlotte Kawaleck im 18. Lebensjahr. — Am 14. Februar Eisenbahn-Betriebsdirektor Alexander Toepfer im 56 Lebensjahr. — Am 14. Februar Klempner Wilhelm Krinke im 55. Lebensjahr. — Am 13. Februar Paula Meyer im 25. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

Kreislandbundtag Halberstadt-Oschersleben

d. Halberstadt, 15. Februar.

Der erste Landbundtag des Kreises Halberstadt-Oschersleben in der neuen Organisation des Landbundes fand gestern nachmittag unter zahlreicher Beteiligung statt. Der Vorsitzende des Landbundes Halberstadt, Gutsbesitzer Sölling-Strödel, begrüßte u. a. Hauptmann Nagel vom Reichs-Landbund, Frhrn. v. Wilmowski vom Provinzial-Landbund, Dr. Wesche von der Landwirtschaftskammer, Landräte Dr. Wegner-Halberstadt und Heine-Oschersleben. Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen, daß der Landbund in der Hauptsache dem Volkswohl und dem Nationalgedanken dienen und wieder Ruhe, Freiheit und Ordnung schaffen möchte. Ein Minister, wie der gegenwärtige Herr Braun für die Landwirtschaft, müsse durch die Wahlen am 20. Februar verschwinden, denn die Erneuerung di jes Herrn zeige, daß die gegenwärtige Regierung keinerlei Verständnis für die Landwirtschaft hätte. Den ersten Vortrag hielt Landwirt Drude-Emersleben, der Spitzenkandidat der Bürgerlichen für den Kreistag Halberstadt, über „Die Aufgaben des Landbundes". Den zweiten Vortrag über „Das Gebot der Stunde" hielt Landrat a. D. von Wilmowski-Marienthal.

Alte Eisenbahnwagen als Notwohnungen

g. Bernburg, 15. Februar.

Zur Verminderung der Wohnungsnot ist der Stadt von der Eisenbahn das Angebot gemacht worden, alte, nicht mehr zur Fahrt geeignete Eisenbahnwagen auf Abstellgleisen als Notwohnungen aufzustellen. Die Miete soll je Tag und Wagon 3 Mark betragen. Die Stadt hat im Hinblick auf die jetzige kalte und nasse Jahreszeit sich vorläufig gegen eine Verwendung von Eisenbahnwagen als Notwohnungen ausgesprochen, will aber noch Eintritt wärmerer Jahreszeit in etwa 3 Monaten nochmals darauf zurückkommen.

m. **Sandersleben**, 15. Febr. (Die bürgermeisterlose Zeit) wird nun noch etwa zweijähriger Dauer demnächst ihr Ende finden. Vom Stadtverordnetenvorsteher Gerecke ist gestern dem Bürgermeister Knochenhauer das schriftliche Ersuchen zugegangen, am 15. Februar sein Amt wieder anzutreten. Bekanntlich hatte man versucht, dem Bürgermeister Knochenhauer aus den während der Kriegszeit für die Stadt zur Versorgung ihrer Bevölkerung abgeschlossenen Geschäften einen Strick zu drehen, was aber glänzend mißlang.

— **Sandersleben**, 15. Febr. (Einbrecher beim Bürgermeister.) Vermittels Nachschlüssels drangen Einbrecher in die Wohnung des Bürgermeisters Knochenhauer ein und durchwühlten den Schreibtisch im Arbeitszimmer, da sie dort Lohngelder für die Chamottefabrik in Unterwiederstedt vermuteten. Ihre Annahme traf jedoch nicht zu, da das Geld erst in einigen Tagen fällig war. Durch Einschließen hinderten sie den Bürgermeister an der Verfolgung.

Z. **Heiligenstadt**, 12. Febr. (Das Genick gebrochen.) Der 48jährige Zigarrenarbeiter und Kriegsteilnehmer M. Wellmann zu Kirchgandern trat frohgemut den Heimweg vom Fastnachtsball an, traf aber nicht bei seiner Familie ein. Am Morgen wurde er im Bache mit gebrochenem Genick aufgefunden. Der Verunglückte war von einer kleinen Brücke abgestürzt. Er hinterläßt eine Witwe mit sechs kleinen Kindern.

— **Eisenach**, 14 Februar. (Einlaßkarten zu den Gemeindevertretersitzungen.) Da in letzter Zeit wiederholt zu den Gemeindevertretersitzungen ein sehr starker Andrang wahrzunehmen war und aus den Kreisen der Zuhörer Versuche gemacht wurden, die Verhandlungen des Gemeinderats zu stören so wird [illegible] nur noch unter der Bedingung gestattet, daß vor Beginn von den Teilnehmern Einlaßkarten im Rathaus gelöst werden müssen.

^ **Weimar**, 15. Februar. (Bezirksdirektor und parteipolitischer Staatsrat.) Wie aus Pressemeldungen ersichtlich ist, geht man in Weimar mit der Absicht um, den sozialistischen weimarischen Staatsrat — früher Optiter in den Jenaer Zeißwerken — Dörschelmann zum Nachfolger des in das thüringische Wirtschaftsministerium berufenen Bezirksdirektors Schmidt-Burgk in Dermbach zu ernennen. Diese Meldung ist von Weimar aus unwidersprochen geblieben, so daß sie an Wahrscheinlichkeit zunimmt.

— **Weimar**, 14. Februar. (Ein neues Dekanat.) Durch Verfügung des Bischofs von Fulda ist in Weimar ein neues Dekanat errichtet worden. Seither bildeten die sämtlichen katholischen Gemeinden im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach ein einziges Landdekanat, mit dem Sitze in Gotha. Zum Dechanten ist Pfarrer Breitung in Weimar ernannt worden.

— **Leipzig**, 15. Febr. (Sprache und Gehör wiedererlangt.) In der Redaktion der „Ev. N. N." meldete sich ein junger Kriegsinvalide, der 1917 durch eine Minenexplosion verschüttet wurde und dabei Sprache und Gehör verloren hat; er hat sie bei dem Eisenbahnunglück im Leipziger Hauptbahnhof durch Schreck und Erschütterung wiedererlangt.

Kleine Provinznachrichten

Ein Rangierer aus Salzwedel wurde von einem aus Stendal kommenden Zuge überfahren und getötet. * Die Stadt Reuseenroda hat vor längerer Zeit Nahgeld im Werte von 1 Pfg. herausgegeben, das sich in Sammlerkreisen großer Beliebtheit erfreut. * Am 15 Februar begeht der Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs zu Weimar, Professor Dr. Julius Wahle, seinen 60. Geburtstag, zu dem ihr den verdienstvollen Mann aus Fach- und Gelehrtenkreisen eine ungemeinliche Ehrung geplant ist. * Der Gemeindevorstand zu Gaalfeld beschloß erstmalig die Errichtung einer Anleihe von 3 Millionen Mark zum Bau von Wohnungen. Ein Arbeiter stürzte von der etwa 6 Meter hohen Brandstelle der Kreisweise Hüttenrode ab und erlitt einen schweren Gehirnschaden.

Volkswirtschaft

Neues Kanalprojekt in Thüringen. Nachdem endlich das Reich die Mittel zur Ausarbeitung der Baupläne für den Weser-Werra-Donau-Kanal bereitgestellt hat, soll die Gründung eines wasserwirtschaftlichen Verbandes für das Hasel- und für das Schleusetal in Angriff genommen werden, zumal im Thüringer Gebiet auch der Bau von 6 Talsperren vorgesehen ist. Für das Thüringer Wirtschaftsgebiet, das doppelt so viel Betriebe als Oberschlesien hat, wird die Kanalbaufrage von größtem Werte sein.

Apollo-Automobilwerke A.-G. in Apolda. Dividendenvorschlag: 12 Proz. auf die alten und 6 Proz. auf die jungen Aktien (gegen 10, 7, 50, 8 Prozent in den Jahren 1918/19 bis 1915/16). Die Geschäftsführung ist ebenso wie der Abruf der Erzeugnisse nach wie vor zufriedenstellend.

Sächsisch-Thüringische Portland-Cementfabrik Prüssing u. Co., A.-G. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte den mit der Portland-Cementfabrik Halle eingegangenen Fusionsvertrag und beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 1 auf 7 Mill. Mark. Von den neuen Stammaktien sollen 625 Stück zum Umtausch der Aktien der genannten Gesellschaft verwendet werden, während die restlichen 875 Stück ein Konsortium zu 200 Proz. übernimmt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Dr. Heinrich Lehmann, Halle (Saale).

Die mitteldeutsche Häutenaktien in Leipzig verlief ruhig. Bei nicht allzu starkem Besuch erfolgten die Gebote zögernd. Geringere Sorten waren vernachlässigt. Im allgemeinen erfuhren die Preise bis zu 20 Prozent und darüber Abschlag. Die Preisgestaltung erwies sich als irregulär.

Stadtanleihe. Die Stadtgemeinde Mühlhausen i. Thür. beschloß eine neue Anleihe von 6 Millionen Mark, welche die Sparkasse Gotha zum Auszahlungskurs von 98.50 Proz. bei 4½ Proz. Verzinsung und 1½ Proz. Tilgung übernimmt.

Sprengstoff- und Chemische Werke G. m. b. H. Stadtfurt. Unter Führung der Kaligroßhandlung C. W. Adam ist in Stadtfurt eine neue Gesellschaft zur Errichtung einer Sprengstoff-Zündmittel- und chemischen Fabrik gegründet.

Handelsgerichtliche Nachrichten

In das Hallesche Handelsregister Abt. A wurde bei der Firma „Victor Kircheisen" in Bitterfeld eingetragen: Dem Kaufmann Hugo Bley und dem Kaufmann Arthur Priebel, beide in Bitterfeld, ist derart Gesamtprokura erteilt, daß sie nur gemeinschaftlich zur Vertretung der Firma befugt sind. — Unter Nr. 188 wurde bei der Gemeinnützigen Baugesellschaft Aktiengesellschaft in Halle eingetragen: An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Wilhelm Hummel ist der Bankdeamte Ernst Bock in den Vorstand gewählt. — Unter Nr. 325 wurde bei der Maschinen-Industrie für Landwirtschaft Georg Gassenheimer, Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht in Halle, eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 11. Januar 1921 ist § 2 des Gesellschaftsvertrages dahin geändert: Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten jeder Art und die Ausbesserung solcher Maschinen und Geräte. — Ferner wurde in das Genossenschaftsregister Nr. 146 eingetragen: Verlagsgenossenschaft Volkszeitung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Halle. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Tageszeitungen, Zeitschriften, Büchern und Broschüren zu billigsten Preisen. Vorstand sind: Gustav Schmidt, Eduard Haring und Otto Berbig, sämtlich in Halle.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 15. Februar. Die heutige Versteifung der Devisenkurse hatte zur Folge, daß das Angebot eine Verringerung erfuhr und daraufhin die Börsentendenz im allgemeinen einen festeren Anstrich gewinnen konnte, besondere Unternehmungslust zeigte sich aber nicht. Die Umsätze bewegten sich im allgemeinen in recht engen Grenzen. Am Montanmarkt stiegen die Papiere vielfach um 3 bis 6 Prozent, dagegen sind aber auch einige Rückgänge zu verzeichnen. So verloren Rheinische Braunkohlen 14 Prozent, jedoch verdienen zeitweise Rheinische Stahlwerke umgesetzt und gewinnen fast 8 Prozent. Valutapapiere besserten sich in Rückwirkung der Bewegung am Devisenmarkt. Mexikanische Anleihen stellten sich namhaft höher. Die Spekulation betätigte sich wieder lebhaft in Schantungbahn-Aktien auf Gerüchte der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Japan. Schiffahrts-Aktien zeigten keine gleichmäßige Haltung. Neigung zur Abschwächung war vorherrschend. Argo Dampfschiffahrt büßten die Hälfte einer anfänglichen 40prozentigen Steigerung wieder ein. Deutsche Anlagewerte behaupteten ihren Kursstand gut.

Saatenmarkt. Berlin, 15. Februar. Der heutige Berliner Saatenmarkt zeigte trotz außerordentlich starken Besuchs seitens der Provinzkundschaft kein lebhaftes Geschäft. Kleesaaten waren schwach, Hülsenfrüchte erfuhren im Preise nur geringe Veränderungen. Gelbe Saatlupinen und Krima-Serradella begegneten guter Nachfrage und wurden teuerer bezahlt, letzten aber zum Schluß. Mais stellte sich auf höhere amerikanische Notierungen und festen Devisenmarkt höher. — Der Produktenmarkt fällt heute aus.

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 15. Februar.

Chemnitzer Bankverein	200,–	Leipziger Maschinenfabrik	212,–
Leipziger Hypothekenbank	161,–	Mansfelder Kuxe	600,–
Mitteldeutsche Privatbank	204,–	Oelmühler Kuxe	8,0,–
Crölwitzer Papierf.	–,–	Pittler, Leipzig	142,–
Glauziger Zuckerfbr.	1075,–	Prehlitzer Stamm-A.	–,–
Gr. Leipziger Straßenbahn	6,–	„ Prioritäts-Akt.	000,–
Hallesche Zuckerraff.	396,–	„ „	–,–
Portland-Zement	169,–	Riebeckbrier	212,–
Huge Schneider, Pannenfabr.	343,–	do. Vorzugsaktien	114,–
Köthisdorfer Zucker	760,–	Rositzer Zuckerfabr.	357,–
Leipziger Kammgarnspinnerei	440,–	Rudelsburger Zementfabrik	–,–
		Sachsenwerk	326,–
		Sonntermann & Stier	215,–
		Stöhr & Co.	472,–
		Zimmermann, Halle	220,–
		Zimmermann, Chemnitz	275,–

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 15. Februar. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98–99%	1400/1450	Orig.-Hütten-Aluminium Walzdraht od. Drahtwaren	2700/2750
Orig.-Hütten-Weichblei	475/485	Zinn (Banca-Straits-Hüttenzinn) 99,0	4500/4550
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	530/540	Hüttenzinnmind. 99%	4000
Remelted-Platten-Zink	50/330	Reinnickel (98/99%)	4100
Orig.-Hütten-Aluminium 98-99% in gekerbten Blöckchen	26/0 2650	Antimon (Regulus)	700
		Silber in Barren, ca 900 fein, für 1 kg	920/930
		Elektrolytkupfer per 100 kg	1765

Letzte Devisenkurse. Berlin, 15. Februar.

	Geld	Brief
Brüssel-Antwerpen	450,50	451,50
Italien	217,25	217,75
Paris	43,05	43,95
Schweiz	982,50	984,50
Spanien	837,65	839,35

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Dr. Max Bötticher, für politische Nachrichten i. S.: Arno Rettschmann, für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Gerling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottheim. Der Anzeigenteil: Carl Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Druck u. Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102161-15/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 15. Februar.

(Bis 2 Uhr festgestellte Kurse und vollständige Verlagskurse.)

Bankdiskont:

Reichsb. Disk. 5%, Lombardzinsfuß, Zinsfuß 5½% Reichsanl. 7%, Consols 7%, Holländische 4%, Italien 6%, London 7%, Neuyork 7%, Paris 6%, Schweiz 4%, Spanien 5%, Wien 4½%, Ung. 5%, Prag 6%, Madrid 5%.

Devisenkurse.

	bezahlt	Brief	bezahlt	Brief	bezahlt	Brief
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	2022.85	2027.05	1972.00	1977.00	443.25	439.45
Belgien			443.25	439.45		
Norwegen	1851.40	1853.60	1801.20	1803.40	1081.05	
Dänemark	1033.90	1035.10	1005.70	1006.90	1081.05	
Schweden	1332.65	1335.35	1295.75	1298.45		
Finnland	200.30	200.70	196.80	197.20		
Estland			219.06	219.50		
Lettland	221.50	222.00	220.50	223.50		
Japan	56.81	56.93	56.94	57.06		
Konstantinopel			415.05	415.95		
Griechenland			5.83	5.87		
Spanien			704.20	705.80		
Prag						
Wien	14.10	14.14	13.72	13.77		
Budapest	75.60	75.80	73.52	73.72		
Bukarest	11.07	11.14	10.88	11.02		

Deutsche Anleihen

		bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Dt. Reichsanl. 1922	3	99.50	99.80		
do. 1924 III. 33	4½	86.60	86.90		
do. Ablös. ausl.	4½	72.00	72.30		
do. Anl. 24	4½	91.30	91.40		
Reichsschatzanweisungen 24	5	77.50	77.50		
do. 25	4	68.50	68.50		
do. 26	3½	66.40	66.50		
do. 27		67.20	67.20		
Schutzgebiet-Anleihe	3	73.25	72.50		
Sparprämien-Anleihe	3	67.00	67.00		
Pr. St.-Schatz. 21	5	100.00	100.00		
do. 1. 7. 22	5	99.10	99.20		
do. 1. 11. 22	5	99.10	99.20		
do. 1. 4. 23	4	85.30	81.50		
Preuß. Kons. Anl.	4	68.80	68.90		
do. Schatz. 23	3½	57.70	57.70		
do. do. 24	3½	57.25	57.60		
do. do. 26	3	56.25	56.30		
Bad. Staats. 01	4	78.30	78.10		
Bay. St.-Anl.	4	52.00	52.00		
do.	3½	68.50	68.50		
Bom. 19 ex. 20	4½	68.75	68.75		
do. 08, 09, 11	4	91.70	91.80		
Hamburg St.-A.	3½	71.25	72.00		
Sa. u. St. A. v. 21	4½	71.25	—		
Sächs. St.-Anl. 16	4	71.50	71.75		
do. Staats-Rente	4	57.25	57.50		

Stadtanleihen

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Altona	4	74.00	74.00	
Augsburg	4	—	—	
Berlin	4	82.50	83.00	
do. 12	4	82.50	83.00	
do. 08	3½	56.00	56.00	
Bremen	4	57.00	57.00	
Cassel		—	—	
Charlottenburg 09	4	91.50	91.50	
do. 08	3½	75.25	75.25	
Cöln 09	4	92.40	93.00	
do. 12	4	92.40	93.00	
do. 11	4	92.40	93.00	
Düsseldorf	4	—	—	
Danzig	4	—	—	
Dortmund	4	—	—	
Dresden	4	85.75	84.75	
Düsseldorf	4	67.25	67.25	
Flensburg	4	62.75	62.00	
Frankfurt a. M.	4	91.70	91.80	
do.	3½	67.00	67.00	
Hannover	3½	—	—	
Karlsruhe	4	91.75	—	
Königsberg	4	84.50	84.50	
Magdeburg 06	4	—	—	
Ludwigshafen	4	88.75	—	
München	4	94.50	98.00	
Nürnberg	4	—	—	
Posen	4	75.00	75.00	
Schöneberg	4	75.50	75.50	
Stettin	3½	—	81.60	
Stuttgart	4	81.00	81.00	
Wilmersdorf	4	73.90	73.25	

Preuß. Pfandbriefe

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Berliner Handels-Ges.	4	95.00	95.00	
do. 10	4	93.50	93.00	
do. rosa	3	—	—	
Brandbr. Provinzial	4	97.00	97.00	
Nor. u. Kons.	4	—	—	
Dt. Hyp. Bank	4	—	—	
Edsch. Centr.	4	99.00	99.00	
Pommern	4	97.50	97.50	
Pommern	4	96.00	100.00	
Schlesische ausg.	4	100.00	100.25	
Schlesische	4	98.25	99.00	
Schlesw.-Holst.	4	103.00	105.00	
Westfälische	4	103.00	103.00	
Westpr. neuld.	4	67.75	67.50	
Grd. Gire	4½	100.50	100.50	
Deutsche Kons.	4½	100.50	100.50	
Gr. Berlin	4	80.75	80.50	
Pomm. Gire	4	95.00	95.25	

Landschaften

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Ingelbarg	—	87.50	87.00	
Braunschweig	—	475.50	465.50	
Zölln-Minden	3½	164.50	164.25	
Hamburg	3	332.00	332.00	
Hildesheim	3	172.00	167.00	
St. Meiningen	3	98.25	97.00	

Ausländ. Anleihen

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Dänemarks i. G.	3	93.25	93.50	
Dänemarks Kons.	4	343.00	346.00	
do. Gold	4	383.00	389.00	
Mexikan. 99	4	685.00	661.00	
do. 04	—	—	—	
Oesterr. Schatz.	4%	30.25	31.50	
do. i. A.	4%	17.25	18.50	
do. Gold	4	—	36.10	
do. Kronen	4	22.75	—	
do. 4. Rente	4	19.00	—	
Rumänien 03	4	113.00	130.00	
do. 12	4%	15.50	116.12½	
do. 08	4	99.00	102.25	
do. 80	4	99.00	102.25	
do. 04	4	98.00	102.25	
do. 06	4	168.50	167.00	
Türkische Adm.	1	80.00	81.00	
do. Bagdad	4	40.25	144.75	
do. anatol.	4	185.00	174.00	
do. 05	4	70.00	70.00	
do. 03	4	68.00	65.00	
do. 08	4	76.50	73.00	
do. Loose	—	410.00	401.00	
Bag. Anleihe 18	4%	—	68.00	
do. 04	4%	18.00	18.00	
do. Gold	4%	41.00	40.60	
do. 10	4	17.25	17.00	
do. Kronen	4	17.00	16.75	
Budapest	4%	40.00	40.00	
Lissabon	4	112.00	105.25	
Sofia	4	109.00	104.50	
Serbien	4	29.00	29.50	
do. Stadt	4	20.00	19.00	
Chin. Hyp.	3	680.00	680.00	
Mexikan. Bonds	4	14.00	—	
Poln. Pfandbriefe	4%	14.00	—	

Inl. Hyp.-Pfdb.

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Berlin. Hypoth. 1-16	4	94.00	94.00	
do. 17-18	4	94.00	94.00	
do. 19-20	4	89.00	89.00	
do. 21-22	4	84.50	84.50	
Dt. Hyp. Bk. 21	4%	102.00	102.50	
do. 22-23	4%	102.00	102.50	
do. 24-25	4%	99.25	99.25	
Deutsche Kommunal	4%	99.25	99.25	

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Hamburg Hyp. ausl.	4	97.00	100.25	
dem Hyp. 11-16	4	97.00	97.00	
do. 19	4	100.00	97.00	
do. 19	4	—	101.50	
Pfdb. Prov.				
Preuß. Hod. 24-29	4	91.75	91.75	
do. 30	4	97.50	97.50	
Preuß. Gent. 8. 30	4	97.00	98.25	
do. 12	4	96.00	96.00	
Preuß. Hyp. A. 8.	4	92.50	92.50	
do. 12	4	92.00	96.25	
Pr. Pfandbr. 27-31	4	91.96	91.96	
do. 32, 33	4	96.50	96.50	
Sächs. St. L.	4	89.00	89.00	
Schlesische, H.	—	—	—	

Eisenbahn-Obligationen.

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Aa Saale	4½	129.00	124.00	
Ostpreußen	4	164.00	165.00	
Oest. St. 1 W	5	—	—	
S ostertr.	2½	72.00	76.50	
do. neue	2½	56.50	57.00	
do. C	4	37.00	35.00	
do. D	4	24.00	—	
Donau Dampf.	4	627.00	—	
Kaz. Rail Mach.	—	—	—	
Tehuantp.	5	440.00	436.00	
do.	5	380.00	380.00	

Eisenbahn-Aktien.

	bezahlt Geld	Brief	vorriger bezahlt Geld	Brief
Aachen-Mast.	0	—	—	
A. L. Sch.	0	—	—	
Bahnbedarf	0	—	421.00	401.25
Bergisch-Mark.	4	—	107.87	105.50
do. 5% Vorz.	5	—	101.50	101.50
Bochum-Gelsenk.	3½	—	—	82.00
Bremen-Vegesack	0	—	81.25	82.75
Brunsw. Eis.	0	—	68.75	—
Chemnitz-Riesa	0	—	142.00	—
Dortmund-Gronau	0	—	—	—
Dresden-Bautzen	0	—	162.25	—
Dresden-Tharandt	0	—	—	—
Elbe-Schiffahrt	0	—	—	—
Elbe-Schiffahrt	0	—	—	—
Elbe-Schiffahr